

„Militärische Auslandseinsätze ablehnen“, Antworten auf die Frage des Heilbronner Friedensrats an die Kandidatin Isabell Steidel und die Kandidaten Josip Juratovic, Alexander Throm und Konrad Wanner.

Zunächst unsere Frage-Mail (beispielhaft an M. Link), danach die Antworten in der Reihenfolge ihres Eingangs. Link hat (noch) nicht – trotz Erinnerung – geantwortet.

Heilbronn Friedensrat

Sehr geehrter Herr MdB Link,

zum Scheitern des 20 Jahre währenden Kriegs in Afghanistan fragen wir Bundestagskandidatinnen und Kandidaten im Wahlkreis Heilbronn.

Beim letzten Treffen des Heilbronner Friedensrats gab es den einmütigen Beschluss, ausländische Militäreinsätze abzulehnen, diese Haltung zu verbreiten und dafür zu werben. Die Webseite des Friedensrats (www.friedensrat.de) unter der Überschrift „Vergangenes“ zeigt, wie oft die seit 1983 bestehende Friedensgruppe sich in Diskussionen und auf Podien, Schreiben und Aufrufen mit Auslandseinsätzen und speziell mit der schlimmen Entwicklung Afghanistans befasste.

Stellvertretend sei ein Schreiben vom Januar 2011 von fünf Aktiven des Friedensrats an Heilbronner Bundestagsabgeordnete genannt. Anlass war, dass zum X.-Mal das Mandat für den Auslandseinsatz der Bundeswehr verlängert werden sollte. Im Brief hieß es u. a.: „Bei den Mandatsverlängerungen werden routinemäßig Verbesserungen in Aussicht gestellt. Im Jahre 2010 war die höchste Zahl ausländischer Truppen in Afghanistan. Es gab – logisch – die meisten Kriegsoffer.“ Und „Bitte durchbrechen Sie diese verhängnisvolle Entwicklung. Die Zustimmung zum weiteren Mandat der Bundeswehr in Afghanistan über das Jahr 2011 hinaus verzögert lediglich das Eingeständnis des Scheiterns.“

Die Antworten verwiesen auf „politische Lösungen“, auf kommende Konferenzen, auf die Analysen von Wissenschaftlern, auf zu erwartenden Truppenabzug – schlicht auf bessere Zeiten.

Wir bitten darum, zu erfahren, wie Sie nach dem Afghanistan-Desaster ganz persönlich zu unserer Bitte stehen, künftig militärische Einsätze im Ausland abzulehnen zu Gunsten ziviler Konfliktlösungen und ziviler Unterstützung.

Am 1. September ist Antikriegstag, an dem sich wiederum interessierte Bürgerinnen und Bürger um 18 Uhr im Rathausinnenhof zum Gedenken treffen. Wir würden uns freuen, wenn wir bis dahin Ihre Stellungnahme erhalten könnten.

Besten Dank und viele Grüße

Alfred Huber und Silke Ortwein

--

Alfred Huber
Winzerstr. 32

74074 Heilbronn

Tel. 07131/575545

post@alfred-huber.de

Mail 24. 8. 2021 Konrad Wanner

Lieber Alfred Huber, liebe Aktive des Friedensrates.

vielen Dank für diese friedenspolitischen Fragen, auf die ich gerne als Kandidat der LINKEN im Wahlkreis Heilbronn antworte.

Wir bitten darum, zu erfahren, wie Sie nach dem Afghanistan-Desaster ganz persönlich zu unserer Bitte stehen, künftig militärische Einsätze im Ausland abzulehnen zu Gunsten ziviler Konfliktlösungen und ziviler Unterstützung.

Ich persönlich habe die militärischen Einsätze der Bundeswehr im Ausland schon immer abgelehnt. DIE LINKE hat von Anfang an auch den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan abgelehnt. Wir haben davor gewarnt, daß Militär und Waffen kein Mittel sind, in Afghanistan ein friedliches Zusammenleben der vielen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Nach 20 Jahren Krieg mit vielen Tausend Toten unter der afghanischen Bevölkerung vor allem durch Bombenangriffe, mit über 3600 toten Soldaten bei den Invasionsarmeen kann angesichts des völlig aus dem Ruder gelaufenen Abzugs der US- und Nato-Truppen nur festgestellt werden, daß in Afghanistan nichts besser geworden ist. Trotz 1 Billion \$ Kriegskosten der USA und 12,5 Mrd. € der Bundesrepublik wurde in Afghanistan nichts für die Bevölkerung erreicht. Keine wirtschaftliche Strukturen sind sichtbar, keine funktionierende Regierung ist in der Lage, das Land zu ordnen. Ein feudales Regime der Taliban droht das Land schwer zu zerrütten.

Es ist nicht das einzige Desaster militärischer Einsätze in den letzten Jahrzehnten: Vietnam, Balkankriege, Tschetschenienkrieg, Ukrainekrieg - trotz vieler Toter, trotz Leid und Zerstörung haben die Militärs in keinem Fall das betroffene Land vorwärts gebracht.

Ich erlaube mir, einige Forderungen aus unserem Wahlprogramm aufzulisten:

-Im Jahr, in dem sich der Beginn des Raub- und Vernichtungskriegs der faschistischen Wehrmacht im Osten zum 80. Mal jährt, erneuern wir gegenüber Russland und den anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion die Verpflichtung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg von deutschem Boden!

-Für eine Welt ohne Atomwaffen.

-Es dürfen keine Atomwaffen in Deutschland stationiert sein, die in Büchel gelagert werden müssen abgezogen und vernichtet werden.

-Deutschland muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen

-Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.

-Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden und darf nicht in neue entsendet werden.

-Wir sagen Nein zu Kampfdrohnen, auch nach der Wahl!

-Rüstungsexporte stoppen: Kein Geschäft mit dem Krieg!

-Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Der Katastrophenschutz muss für Notlagen besser ausgestattet werden, die Bundeswehr darf nicht als planmäßige Kompensation für den Katastrophenschutz herangezogen werden. Insbesondere darf die Bundeswehr niemals polizeiliche Befugnisse bekommen.

-DIE LINKE lehnt das 2%-Aufrüstungsziel der NATO ab. Angesichts fehlender Finanzen für Luftfilter an Schulen, genügend Pflegekräften und Milliardenkrediten in der Pandemie braucht die Bevölkerung das Geld für andere Aufgaben.

-Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden. Wir wollen, dass die Bundesregierung sich innerhalb der UN-Gremien für die Umsetzung des Rechts auf Frieden im Sinne der Santiago-Deklaration durch Verankerung in einem völkerrechtlichen Vertrag einsetzt und ihn in allem politischen Handeln konsequent umsetzt. Hier ein link mit weiteren Informationen zur Santiago-Deklaration:

<https://www.humanrights.ch/de/ipf/archiv/international/nachrichten/impuls-menschenrecht-frieden>

Ich werde mich am 1. September wie in den letzten Jahren auch am Antikriegstag des DGB und an der Kundgebung in Heilbronn beteiligen. Das Motto "Der Frieden ist nicht Alles - aber ohne Frieden ist Alles nichts." gilt mehr denn je.

Mit freundlichen Grüßen

Konrad Wanner

Kandidat der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis Heilbronn

Köhlstrasse 39

74074 Heilbronn

07131-176151; 0176-81391495

Mail 30.08.2021 Isabell Steidel

Lieber Herr Huber, liebe Frau Ortwein,

erlauben Sie mir bitte ein ausführliches Statement:

Die Lage in Afghanistan ist dramatisch - Wer in Afghanistan für ein offenes, freiheitliches Leben eingetreten ist, den dürfen wir jetzt nicht im Stich lassen.

Oberste Priorität hat die Rettung von Menschenleben. Dabei ist es egal, für welche deutsche Behörde jemand gearbeitet hat und wann. Das schließt auch Mitarbeiter*innen von afghanischen Subunternehmern, Hilfsorganisationen, Frauenrechtsorganisationen und Journalist*innen ein.

Das ist jetzt zu tun:

- Menschenleben retten - schnelle, unbürokratische Evakuierung jetzt!
- Ortskräfte nicht im Stich lassen, egal für welche deutsche Behörde sie wann tätig waren
- Die USA unterstützen, den Flughafen sicher und offen zu halten
- Familien zusammenhalten und Bleibeperspektiven eröffnen
- Abschiebungen nach Afghanistan sofort und dauerhaft aussetzen
- Gemeinsam mit den NATO- und EU-Partnern und den Nachbarstaaten Vorsorge für die wachsende Flüchtlingsbewegung treffen

Leider machen die Entwicklungen in Kabul auch allzu deutlich: Die Bundesregierung hat beim Schutz dieser Menschen völlig versagt. Schon im April haben wir als Grüne Bundestagsfraktion eine frühzeitige Evakuierung der Ortskräfte im Bundestag beantragt. Noch im Juni haben Union & SPD diesen Antrag abgelehnt. Und während Heiko Maas sagt, man habe die Entwicklung nicht absehen können, warnte die deutsche Botschaft in Afghanistan offenbar schon seit Wochen vor der sich zuspitzenden Lage.

Dieses Versagen wird aufgearbeitet werden müssen. Doch jetzt geht es erst einmal darum, so schnell wie möglich zu evakuieren. Gemeinsam mit unseren EU- und NATO-Partnern und den Nachbarstaaten muss Deutschland dabei wirkliche Hilfe leisten.

Um dieses Versagen schnellstmöglich aufzuarbeiten, wollen wir einen Untersuchungsausschuss initiieren und haben ein Löschmoratorium beantragt. Das Löschmoratorium wurde aber von der GroKo abgelehnt (Rede von Annalena Baerbock hierzu: <https://annalena-baerbock.de/2021/08/25/bundeswehreinsatz-zur-evakuierung-aus-afghanistan/>)

Auch unabhängige Quellen berichten vom Versagen der Bundesregierung und der aktiven Verhinderung des Ausfliegens von Afghaninnen und Afghanen:

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-08/afghanistan-luftbruecke-kabul-initiative-bundesregierung-vorwuerfe-evakuierung>

Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit für die Menschen in Afghanistan – das sind Ziele, denen wir uns als Grüne sehr verpflichtet fühlen. Über die Instrumente zur Erreichung dieser Ziele führen wir bereits seit Jahren sehr intensive, detaillierte und leidenschaftliche Debatten. Klar ist: Die jahrelange Dominanz militärischer Zielsetzungen gegenüber zivilen Lösungsansätzen und eine fehlende entwicklungspolitische Strategie waren die zentralen Fehler der deutschen Afghanistanpolitik. Wir dürfen die Zukunft der Menschen in Afghanistan nicht aus dem Blick verlieren. Der Weg hin zu Frieden und Sicherheit, politischer Mitbestimmung, wirtschaftlichem Aufschwung und der Achtung der Menschenrechte muss weiterhin mit zivilen Mitteln und aller Tatkraft begleitet und unterstützt werden.

Die Friedenspolitik ist - wie Sie alle ja bestens wissen - ein ureigenes Kernstück der Grünen. Unser Ziel? Eine grüne Außenpolitik für Frieden und Menschenrechte. Lassen Sie mich deshalb bitte noch einige weitere Punkte klarstellen.

- Zum Schutz der Menschenrechte und zur Verteidigung der internationalen Menschenrechtsarchitektur gehört: **Menschenrechtskonventionen** umzusetzen, **Menschenrechtsverteidiger*innen** zu schützen und **Kriegsverbrecher*innen** zur Rechenschaft zu ziehen. Wir wollen hierfür die Instrumente und Arbeitsfähigkeit deutscher und internationaler Menschenrechtsinstitutionen stärken.
- **Klimaaußenpolitik:** Den Pariser 1,5-Grad-Pfad schaffen wir nur gemeinsam. Wir brauchen einen massiven Ausbau der erneuerbarer Energien, Klimapartnerschaften, starke Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz und einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten. Deutschland soll weitere 10 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitstellen.
- **Friedensarbeit sichtbarer machen und ausbauen:** Wir wollen das Engagement der vielen zivilen Fachkräfte sichtbarer machen, indem wir
 - a) die Zahl der einsetzbaren Friedensfachkräfte, Polizist*innen, Mediator*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen weiter erhöhen
 - b) die dazugehörigen Forschungseinrichtungen stärken
 - und c) die Finanzierung langfristig sicherstellen.
- **Neuer Schub für Abrüstung:** Wir wollen den Politikwechsel in den USA nutzen, um die Erosion der Rüstungskontrolle zu stoppen und neue Schritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt einzuleiten. Für die neuen Herausforderungen wie autonome Waffensysteme, Hyperschallwaffen oder Cyberbedrohungen braucht es völkerrechtskonforme und international verbindliche Rüstungskontrollmaßnahmen.
- **Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und an Diktaturen:** Die politischen Rüstungsexportrichtlinien werden lax gehandhabt. Ein Rüstungsexportkontrollgesetz soll die Kriterien verbindlich und über ein Verbandsklagerecht auch einklagbar machen. Wir erwarten uns davon mehr Verbindlichkeit und einen Rückgang von Rüstungslieferungen an menschenrechtsverachtende Regime.
- **Aktive europäische Nachbarschaftspolitik:** Die EU muss in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen. Wir unterstützen die demokratischen Zivilgesellschaften und Reformen – z.B. in den östlichen Nachbarländern. Wir befürworten die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien und die weitere Integration der Westbalkanregion. Den Ländern der Östlichen Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine) wollen wir den Weg in die EU offenhalten. Im Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, zu der auch ambitionierte Energiepartnerschaften gehören.

Gerne würde ich am 01. September an der Veranstaltung teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Isabell Steidel

Bundestagskandidatin 2021 Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Heilbronn
Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Heilbronn
Vorstand Grüne Jugend Heilbronn
www.isabell-steidel.de

Mail 31.08.2021 Alex Throm

Sehr geehrte Frau Ortwein, sehr geehrter Herr Huber,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage. Ihrem Ansatz, zivile Konfliktlösungen und zivile Unterstützung in den Vordergrund zu stellen, folge ich grundsätzlich. Jedoch halte ich einen generellen Verzicht auf jegliche Einsätze im Ausland nicht für realistisch. Die Teilnahme an internationalen Sicherheitspräsenzen zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und der Stabilität einzelner Länder kann und muss eine wichtige Rolle für die dortige Bevölkerung und auch die Stabilität der Umgebung spielen. Allerdings bedarf es einer ständigen - und auch nüchtern selbstkritischen - Überprüfung gemeinsamer Einsätze aus allen Blickwinkeln. Die Geschehnisse in Afghanistan haben dies leider bestätigt. Es ist nun wichtig, das Geschehen zu untersuchen und die Fehler genau zu benennen und auch Konsequenzen zu ziehen. Diese Aufarbeitung muss sich nicht nur mit den Einzelheiten des Rückzugs, sondern selbstverständlich auch mit der Frage nach den langfristigen Zielen und Erfolgchancen solcher gemeinsamen Einsätze befassen. Falsch finde ich es, unter dem Eindruck des Geschehens der letzten Wochen jetzt pauschal von einem "Scheitern" des jahrelangen Einsatzes zu sprechen. Dieser gemeinsame Einsatz hat - wie es unser Anliegen war - den damals vom afghanischem Staatsgebiet ausgehenden internationalen Terrorismus unterbinden können. Und der Einsatz hat im Leben vieler Afghaninnen und Afghanen in den letzten zwanzig Jahren einen großen Unterschied gemacht - in der Bildung, bei den Frauenrechten und der Gesundheitsversorgung. Deshalb hoffe ich sehr, dass einige dieser Veränderungen - gerade bei der jungen Generation - fortbestehen und Früchte tragen und es Deutschland gemeinsam mit den anderen Verbündeten auch in Zukunft möglich sein wird, das afghanische Volk zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen,

Alexander Throm MdB

Alexander Throm MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel 030 227 73227
Fax 030 227 70132
www.alexander-throm.de

Per Mail 31.08.2021 Josip Juratovic

Lieber Alfred, liebe Silke,

vielen Dank für eure Anfrage und euer grundsätzliches kritisch-konstruktives Engagement für den Frieden.

Es gibt in diesen Tagen mit Blick nach Afghanistan nichts schön zu reden. Die erneute Machtübernahme der Taliban in Kabul besiegelt das größte außenpolitische Desaster des sogenannten Westens der letzten Jahrzehnte. Auch wenn seit gestern mit den USA die letzten Soldat*innen eines NATO-Mitglied das Land verlassen haben, wird uns dieser Einsatz noch auf sehr lange Zeit beschäftigen, denn nun beginnt die schwierige, aber essentiell notwendige Aufarbeitung.

Für die kommende Legislaturperiode hat meine Partei hierzu die Einsetzung einer Enquete-Kommission gefordert, andere Parteien fordern einen Untersuchungsausschuss. Unabhängig davon, welche Form das Gremium nehmen wird, uns vereint als Parlamentarier*innen die Überzeugung, dass die Fehler und Falschannahmen dieser Ära konsequent ausgeleuchtet werden und daraus klare Lektionen für die Zukunft gezogen werden müssen. Ein solches Debakel darf sich nicht wiederholen. Das sind wir als Land und Staatengemeinschaft den vielen zivilen Opfern dieses Krieges schuldig -- das sind wir aber explizit auch als Abgeordnete den Soldat*innen und Veteran*innen der Bundeswehr als Parlamentsarmee schuldig.

Ich verstehe den Impuls, aus dieser Situation heraus nun zu fordern, Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich zu beenden. Seit jeher ist es eine meiner Grundüberzeugungen, dass politische und gesellschaftliche Konflikte nicht militärisch gelöst werden können. Seien es ethnischer und nationalistischer Hass, religiöser Fanatismus oder Ressourcenknappheit, die den Kern eines Konfliktes bilden -- keines dieser Probleme kann man einfach wegbomben. Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich mich vor nun fast dreißig Jahren schon für zivile Verständigung und Versöhnung im ehemaligen Jugoslawien engagiert und davon motiviert habe ich in der nun endenden Legislaturperiode auch mit sehr viel Leidenschaft als Obmann des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Vernetztes Handeln mitgestaltet.

Das bedeutet aber nicht, dass es nicht auch Situationen gibt, in denen ein militärisches Eingreifen notwendig ist, um in einem ersten Schritt die Bedingungen für Frieden zu schaffen, um grässliche Verbrechen gegen die Menschheit zu beenden oder um politische und zivile Bemühungen zur Konfliktlösung zu begleiten oder abzusichern. Wenn wir einen Blick in die Liste der laufenden und vormaligen Auslandseinsätze der Bundeswehr werfen, dann sehen wir in der Mehrheit Beteiligungen an friedenssichernden Missionen der Vereinten Nationen, derzeit bspw. in Mali, Libanon, Westsahara und dem Sudan. Auch die Ausbildung von Sicherheitskräften im Irak zum Kampf gegen den IS und die Beteiligung an der Counter-Daesh-Koalition sind Einsätze, die ich für richtig halte. Im Kosovo ist die Bundeswehr seit über zwanzig Jahren eine willkommene und konstruktive Präsenz für den Frieden nach dem Horror der 1990er Jahre. Allerdings: Militärpräsenz muss immer als das letzte Mittel in der Kette der friedens- und sicherheitspolitischen Möglichkeiten stehen. Und stets in Verbindung mit allen anderen friedenssichernden Akteuren vor Ort.

Ja, wir müssen eine Diskussion darüber führen, wo die Grenzen der Leistungsfähigkeit von militärischer Intervention liegen. Aus Gesprächen mit Bundeswehrangehörigen weiß ich, dass der Blick auf das tatsächlich Erreichte in Afghanistan in der Truppe oft deutlich skeptischer war als es seitens der Ministerien oft kommuniziert wurde und in der Politik ankam. Hier gilt es anzusetzen und Lektionen zu ziehen, damit sich ein solches politisches und humanitäres Desaster nicht wiederholt.

Wie immer hoffe ich, dass ihr mir meinen Dissens zu den Positionen des Friedensrates nicht übel nehmt und freue mich weiterhin auf den kontroversen, aber stets respektvollen Austausch mit euch.

Mit solidarischen Grüßen
Josip Juratovic

M. Link keine Antwort